

Der Repression nach dem G20-Gipfel entgegentreten!



no cops ★ no prisons ★ no capitalism

Eigentumsvorbehalt

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Broschüre solange Eigentum des*der Absender*in, bis sie der*dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird diese Broschüre der*dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, so ist sie dem*der Absender*in unter Angabe des Grundes der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Broschüre der*dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht persönlich ausgehändigten Teile, und nur sie, dem*der Absender*in unter Angabe des Grundes der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Der Repression nach dem G20-Gipfel entgegenreten!

Mai 2018

Der Repression nach dem G20-Gipfel entgegentreten!

Über ein halbes Jahr nach den Riots in Hamburg wird hier versucht, Gedanken und Handlungsideen zur Repression im Juli 2017, sowie ihrer Auswirkungen auf uns und den Widerstand gegen die Welt der G20 zusammen zu tragen.

In einer Zeit, in der der G20-Staat Türkei einen Angriffskrieg gegen die autonomen kurdischen Gebiete führt, erscheint uns der Juli 2017 weit entfernt. Doch wir hoffen, dass wir in Bezug auf die Anti-G20-Prozesse zurückfinden zu einer Verknüpfung unseres Widerstands mit dem in anderen Teilen der Welt. Auch aus Rojava erreichten uns Freudebekundungen über die Feuer in der Hansestadt. Heute wird dort einer der hoffnungsvollsten Gesellschaftsentwürfe der neueren Zeit bedroht.

Wir wollen uns hier nicht mit jedem Detail der Gerichtsprozesse oder der Repression während der Kämpfe beschäftigen. Dieser Text ist entstanden aus Gesprächen über Verfahren, aus öffentlichen Infos und Diskussionen unter Aktivist*innen. Darüber hinaus verweisen wir an einigen Stellen auf andere ausführliche Texte, Broschüren oder Bücher. Zudem wollen wir auf Darstellungen des EA Hamburg, der Prozessbeobachtungen und des ApUA, dem Außerparlamentarischen Untersuchungsausschuss sowie des Grundrechtekomitees hinweisen. Da insbesondere zum Thema Antirepression viel mit Rechts- und Fachausdrücken jongliert wird, haben

wir versucht im Anhang einige dieser Begriffe zu erläutern.

Lest dies als Versuch, unsere (Abwehr)Kämpfe in einen Kontext zu stellen, in dem wir Anti-Repression wieder als ein Teil des Widerstands gegen das Herrschende sehen. Wir brauchen weder eine Betroffenheit, die uns lähmt, noch eine Verharmlosung unserer Kämpfe. Die Welt der G20 hat noch mehr Aufstände, Sabotage und Brände nötig bis sie überwunden sein wird.

Wie es im Text weitergeht:

- I. Wirkung der bisherigen Prozesse und der repressiven Maßnahmen
- II. Prozessführung
- III. Positionierung, Angriff und Staatsgewalt
- IV. Was macht Repression mit uns?
- V. Wie weiter nach der ersten Repressionswelle?
Begriffe

I.
**Wirkung der bisherigen Prozesse
und der repressiven Maßnahmen**

Wer kennt es nicht, das Gefühl nach den intensiven Tagen im Juli 2017 einerseits die Kraft und Motivation und andererseits noch die Bullen im Nacken zu spüren und den Geheimdienst in jedem Kommunikationsmittel zu ahnen. Wer nicht zu den 40 Menschen zählt, die nach diesen Tagen noch im Knast saßen, hatte wohl das ambivalente Gefühl von erfolgreichem Widerstand und in den Knochen sitzender Angst. Wir wollen später noch dazu kommen, was Angst durch Repression mit uns macht. Nach gewaltvollen Erfahrungen mit dem Staatsapparat in Hamburg und auf den Reisewegen traf die erste Repressionswelle nach dem Gipfel die Menschen, die über die GeSa (Gefangenensammelstelle) hinaus eingesperrt blieben.

Druck zu Distanzierungen, Aussagen und Geständnissen

Am 28. August hat, ob durch Zufall oder besonderen Ehrgeiz der *politischen Justiz*, der rechte Hardliner Krieten den ersten Prozess als Richter geführt. Das Urteil fiel unverhältnismäßig hoch aus: der Angeklagte Peike wurde zu 2 Jahren und 7 Monaten ohne Bewährung verurteilt, obwohl die Staatsanwaltschaft in ihrer Forderung unter der 2 Jahresforderung blieb, die für Peike Aussicht auf eine Bewährungsstrafe bedeutet hätte.

Dies hatte einerseits große Auswirkungen auf die folgenden Urteile, andererseits auf die Verfassung der anderen Gefangenen. In den Hamburger Knästen entstand der Eindruck, wer raus kommen will, muss gestehen. Dies wurde auch durch eine Äußerung der

Staatsanwaltschaft, eine Bewährung sei bei einer *Einlassung* zu bekommen, propagiert.

Hinzu kamen zwei Umstände: zum einen die sehr unterschiedlichen Beratungen und Strategien von Anwält*innen, die verschiedene Hintergründe in ihrer politischen Haltung und Erfahrung in der (politischen) Prozessführung hatten. Zum Anderen die Tatsache, dass ein Großteil der Gefangenen „nicht-deutsch“ war und keine Erfahrung mit dem deutschen Rechtssystem hatte. Zum Beispiel wird in Italien die Äußerung sich am Ort des Geschehens aufgehalten zu haben nicht als *Einlassung* bewertet, im deutschen Rechtssystem allerdings schon.

Durch die Angst vor Haftstrafen ohne Bewährung und die Vereinzelung der Gefangenen entstand anscheinend eine Stimmung in der viele vorrangig mit dem eigenen Prozess beschäftigt waren. Eine Solidarisierung unter G20-Gefangenen im Knast wurde unter dieser Drohkulisse erschwert.

In den darauffolgenden Prozessen wurden so auch ohne scheinbar eindeutige Beweislage¹, zum Teil Geständnisse und *Einlassungen* gemacht und sich in einem Fall auf anwaltlichen Rat hin schriftlich bei Bullen entschuldigt. Oft konnte die Staatsanwaltschaft wegen eines Geständnisses auf eine ausführliche Beweisführung verzichten. Dadurch war es „der Justiz“ möglich, viele Prozesse innerhalb eines Tages abzuhandeln. Die Zuspitzung dessen war das Geständnis einer vorgewor-

1 Selbst bei einer noch so „eindeutigen“ Beweislage finden wir es sinnvoll einen Prozess *strittig* zu führen.

fenen Handlung, die nicht begangen wurde.

Für viele der Gefangenen war scheinbar eine individuelle Strategie zum Rauskommen einfacher oder besser möglich, anstatt sich in eine langwierige Prozessführung zu begeben. Das mag auch daran liegen, dass es keine breite Solidaritätsbewegung gegeben hat, die eine *politische Prozessführung* erleichtert hätte. Dafür wurden überhöhte Strafen in Kauf genommen, wenn sie denn als Bewährungsstrafen verhängt wurden. Wenn zum Beispiel das Mitführen von Pfefferspray auf einer Versammlung in der Regel als Ordnungswidrigkeit geahndet wird, hatte es im Zusammenhang mit anderen harmloseren Gegenständen im zweiten Prozess zu 6 Monaten Haft auf 2 Jahre Bewährung geführt.

Bruch mit dem Gehorsam

Lediglich im ersten Prozess hatte Peike nichts zur Sache gesagt. Erst in Alix' Prozess einen Monat später (11. Prozess, Beginn 29.09.) kam es wieder zur Verweigerung von *Aussage* und *Einlassung*. Daraufhin wurde in diesem Prozess der nächste Prozesstag erst einen Monat später angesetzt. Die Zwangsverweildauer im Knast war für andere beschuldigte Gefangene eine gewollte und erfolgreiche Abschreckung, ihre Verfahren strittig zu führen.

Gebrochen wurde der Trugschluss „nur für Geständnis gibt es Bewährung“, in dem 14. Prozess gegen Emiliano, der nach politischer Erklärung und ohne

Einlassung zu eine Bewährungsstrafe verurteilt wurde.

Seit dem gab es wieder kämpferisch geführte Prozesse. So auch in Konstantins Prozess, in dem wegen mangelnder Beweislage „schwere“ Vorwürfe fallen gelassen werden mussten.

Oder bei Evgenij, dessen Prozess für einige Monate ausgesetzt wurde, weil klar wurde dass er in einem Freispruch enden würde, weshalb die Staatsanwaltschaft jetzt mit neuen Zeug*innen versucht einen neuen Tatvorwurf zu konstruieren.

Weiterhin sitzt Peike im Knast, während sein Berufungsprozess schleppend läuft und auch weitere sitzen noch, auch wenn sie sich nicht offensiv auf den Widerstand im Juli 2017 beziehen (wollen).

Auf den in der Presse viel beachteten Fall von Fabio gehen wir hier nur kurz im Konstrukt des Generalverdachts rund um den Rondenbarg ein. Andere -hier nicht namentlich genannte- haben ihre Verfahren wiederum politisch geführt und sind, zwar von längeren Haftstrafen verschont, dennoch hart verurteilt, kriminalisiert, mit teils hohen Geldstrafen und Verfahrenskosten belastet und viele in internationalen DNA-Banken gespeichert worden.

II. Prozessführung

Dass es so viele *Einlassungen* gegeben hat, mag an dem Eindruck liegen, dass ein kooperatives Verhalten gegenüber Bullen und Justiz sich mildernd auf das Strafmaß auswirken könne. In einer erste Welle der Prozesse hat sich dies aber nicht durchgängig bewahrheitet. Vielmehr hängt die Härte des Urteils von den verschiedensten Faktoren ab, von denen die Angeklagten und Unterstützer*innenkreise nur einige beeinflussen können, die meisten aber den autoritären Charakter des Staates widerspiegeln.

Strittige Prozessführung kann sich lohnen!

Welche konkreten Schlussfolgerungen können wir aber aus den bisherigen Prozessen ziehen bzw. was könnten mögliche Strategien für die noch kommenden Prozesse sein? Hier einige Gedankenspiele:

Was wäre z.B. wenn die meisten zukünftigen Prozesse mehr als zwei Prozesstage haben? Alle G20-Prozesse müssen in Hamburg stattfinden (ausgenommen die, die unter das Jugendstrafrecht fallen und die Linksunten-Prozesse die mit dem G20 in Verbindung stehen). Demzufolge haben Richter*innen und Staatsanwaltschaft kein Interesse daran, diese in die Länge zu ziehen. Aber wir können dafür sorgen.

Bereits jetzt wurden andere Verfahren zurückgestellt, da die zwei Amtsgerichte in Hamburg nicht genug Kapazitäten haben, und das, obwohl der Großteil der Prozesse sehr schnell abgehandelt wurde.

Eine Verlängerung der Prozessführung kann zu einer Verlängerung der Untersuchungshaft führen. Es kann aber auch

zum Aussetzen der U-Haft führen aufgrund strittiger Prozessführung (z.B. wie bei Alix, Fabio, Evgenij und Konstantin).

Und was ist, wenn die Zeug*innenaussagen von Bullen nicht einfach hingenommen werden, wie es in einigen Prozessen geschehen ist? Gerade die Aussagen von Tabo's (Tatbeobachter*innen, siehe Kasten) sind bei genauerer Betrachtung oft unglaubwürdig. Alle noch so kleinen Fehler in der staatsanwaltschaftlichen Beweisführung können offengelegt und angegriffen werden.

Zwar halten Staatsanwaltschaft und Richter*innen Bullenzeug*innen für glaubwürdiger, trotzdem müssen wir ihre Aussagen weiterhin hinterfragen.

Das bedeutet nicht, dass wir mit eigenen (Entlastungs)zeug*innen antworten sollten – oft landen diese selbst auf der Anklagebank. Bei dieser, von Antirepressionstrukturen kritisierten Strategie, laufen Zeug*innen Gefahr, Informationen über unsere Strukturen und Freund*innen preiszugeben und sich selbst zu belasten.

Kommt es dazu, dass ein*e Anwalt*in Zeug*innen benennt, ohne diese über eigene Rechte und die Gefahr sich selbst zu belasten informiert, nimmt er*sie ihnen damit die Chance auf Selbstbestimmung und gefährdet sie und andere. Bei einem der bisherigen G20-Prozesse wäre es fast zu fatalen Folgen für laufende und ggf. neue Strafverfahren von benannten Entlastungszeug*innen gekommen, wenn die Zeug*innen sich nicht selbst informiert und die Aussage verweigert hätten.

Tabo's

In den meisten G20-Verfahren kam es zu Zeugenaussagen von so genannten Tatbeobachter*innen (Tabo's). Das sind Bullen, die aus einem Einsatzzug einer Beweis- und Festnahmeeinheit (BFE) kommen, jedoch im Gegensatz zu ihren gepanzerten Kolleg*innen in szenetypischer Kleidung innerhalb von Demos und Aktionen mitlaufen. Je nach Bundesland und Einsatzstrategie variiert die Zahl der Tabo's je Einheit. So kann eine Hundertschaft, die in 3 Züge unterteilt ist, die wiederum je aus drei Greiftrupps von 8-10 Bullen besteht, je 2 Tabo's pro Greiftrupp im zivilen Einsatz in unseren Reihen haben.

In der Praxis halten sich Tabo's in der Menge der Demonstrierenden auf, suchen sich dort auffällige Personen (z.B. anhand von Kleidung) um sie weiter zu beobachten und zu verfolgen, teilweise über Stunden hinweg. Sie sind in zivil, ohne Waffe und Funkgerät unterwegs und tragen in der Regel nur ein Handy bei sich, mit dem sie dann mitteilen wer festgenommen werden soll. Die Festnahme kann auch Stunden oder Tage später stattfinden. Tabo's haben dabei nur den Auftrag zu beobachten, sie sind weder „normale“ Zivilbeamte, noch verdeckte Ermittler*innen. Sie sind irgendwas dazwischen, haben weder eine rechtliche Grundlage noch sind sie eine eigenständige polizeiliche „Berufsgruppe“. Die Bullen organisieren sich intern in ihren geheimen Polizeieinsatzstatuten. Innenminister, Innenausschüsse und Einsatzleiter verteidigen diese „kontrolllose“ Praxis mit Geheimhaltung der Einsatzstrategie.

Tabo's haben nur den Auftrag das Geschehen zu beobachten, nicht darin einzugreifen. So hat in einem Fall während der Proteste gegen den G20 ein Tabo weder eingegriffen noch Täter*innenbeschreibungen gegeben, als die beobachtete Person von anderen Personen angegriffen wurde und sich nur auf das Beobachten der angegriffenen Person konzentriert. Bei einem früheren Fall aus Hamburg folgten Tabo's einer in ein Hausprojekt fliehenden Gruppe bis in den Hausflur. Sie wurden dabei nicht erkannt, sondern haben dies erst später in einer Aussage vor Gericht geschildert. Seit Jahren nehmen Tabo's in Verfahren als Beweismittel zentrale Rollen für die Anklage der Staatsanwaltschaften ein. In vergangenen Verfahren hat es sich jedoch gezeigt, dass vor Gericht der Einsatz und die Aussagen von anonymisierten Tabo's angreifbar sind.

Aus einigen Aussagen von Tabo's können wir Schlussfolgerungen ziehen, auch wenn es sich dabei nicht um besonders neue Gedanken handelt: Einheitliche Kleidung/ Vermummung lohnt sich! In vielen Fällen haben sich Tabo's an Personen gehängt, die etwas Auffälliges an sich hatten – ein weißes T-Shirt, auffällige Haare. Zudem lohnt es sich, Bezugsgruppen zu bilden, in denen wir uns gut kennen. Das stärkt das Vertrauen untereinander und zwischen den Bezugsgruppen.

Sowieso hängt der Verlauf und Ausgang vieler Prozesse auch von den Anwält*innen ab. Bestenfalls vertreten diese die politische Meinung der Betroffenen. Haltung und Strategie spielen eine wichtige Rolle in der Verteidigung vor Gericht. Von unseren Anwält*innen erwarten wir, dass sie uns im Knast besuchen und einen Kontakt nach „Draußen“ ermöglichen. Sie können dadurch Verbindung sein zu Familie, Freund*innen und Solikreisen, was die Angeklagten bis in den Knast hinein und in einer konfrontativen Strategie stärkt. Klar sollte dann auch sein, dass die betroffene Person immer die auftraggebende Person ist.

Doch Anwält*innen wirken auch als „Expert*innen“ (Stichworte Verantwortung delegieren & Abhängigkeit), was im Knast noch mehr Gewicht bekommt.

Wenn Anwält*innen in den Prozessen keine Abstimmung zur Strategie mit den Angeklagten und /oder anderen Anwält*innen führen und ihnen auch noch der politische Kontext fehlt, nehmen sie unnötige Risiken und negative Konsequenzen für uns in Kauf. So riet z.B. ein Anwalt einem Gefangenen zu einer kooperierenden Strategie, die darin bestand, noch aus dem Knast heraus einen Entschuldigungsbrief zu schreiben – und das ohne die Anklage, die sich nicht auf eindeutige Beweise stützte, gerichtlich zu hinterfragen. Ob aufgrund dieser Strategie ein weiteres Bewährungsurteil ausgesprochen wurde, bleibt fraglich. Entscheidender ist, dass kooperierendes Verhalten ein Gut / Böse-Schema verstärkt und als ein

Instrument genutzt wird, um Personen zu brechen.

Es hat sich wieder gezeigt, dass die Vereinzelung der Gefangenen und anderen Von-Repression-Betroffenen funktioniert hat. Aber solange wir noch draußen sind, können wir uns besser organisieren und darauf vorbereiten, um auch im schlimmsten Fall zusammen zu halten.

Wir können z.B. mit unserer Bezugsgruppe, unseren Freund*innen und unserem Umfeld darüber reden, was im Fall einer Festnahme geschehen soll; ob und inwiefern wir uns Unterstützung wünschen, bzw. ob wir bereit sind Soligruppenarbeit zu machen; wer alles informiert werden soll; ob sich um andere Menschen gekümmert werden muss; ob wir uns schon konkrete Prozessführungsstrategien vorstellen können etc. Vorher schon zu wissen, dass die Menschen in unserem Umfeld bereit sind uns zu helfen oder sich darüber informiert zu haben, wer uns sonst unterstützen kann, kann uns helfen gestärkt in Prozesse zu gehen.

III.

Positionierung, Angriff und Staatsgewalt

Wir wussten, dass die Bullen schon vor dem Gipfel die Repression und Gewalt groß angekündigt hatten, und wir wussten mehr oder weniger auch, was uns erwarten würde. Auch wir hatten diesen Riot angekündigt und dazu eingeladen. Wir wollten den Staat ein Stück weit herausfordern, und auch seine Vertreter*innen haben diese Herausforderung verstanden. Es war eine Herausforderung, weil wir gesagt haben, dass wir das System, das die G20 repräsentieren und was sie in und mit der Welt und den Menschen tun, grundsätzlich ablehnen. Da gibt es nicht viel zu reden/verhandeln, es sind gegensätzliche Positionen.

Wenn wir also unsere Kampfansagen und Kämpfe selber ernst nehmen (wollen), dann müssen wir uns auch ernsthaft vorbereiten und während und nach Aktionen / Protesten zusammenhalten, um der Härte und Macht der Repression etwas entgegen zu setzen.

Repression allgemein und jene, die unseren Aktionen gegen den G20-Gipfel folgte, ist deshalb politisch motiviert, weil sie versucht, die bürgerliche „Demokratie“ und den Kapitalismus aufrechtzuerhalten. Wenn wir diese ablehnen und nicht nur vorgeben, eine Perspektive auf eine andere Welt zu formulieren, ist das ein Angriff und muss im staatlichen Interesse unterbunden werden.

Hierbei werden weniger einzelne Handlungen als viel mehr unsere politischen Positionierungen an sich bestraft. Die Gerichtsprozesse sind also nicht erst dadurch politisch, wenn „wir“ / die Angeklagten sie dazu machen, sondern schon aus sich heraus.

Nach außen versucht die Justiz jedoch, das Bild ihres „neutralen Auftrags“ aufrecht zu erhalten. Es kommt als strategisches Mittel zur Entpolitisierung der Prozesse und den vorgeworfenen Taten. Die „Gesinnung“ wird unterschwellig angeklagt, bemängelt, oder manchmal sogar öffentlich angeprangert.

„Die Justiz ist ein Instrument der Herrschaftssicherung. [...] Die Justiz deutet politisches Handeln und radikalkritisches Denken in strafbare Handlungen um und entpolitisiert es damit. Die Beschuldigungen heißen zum Beispiel Nötigung, Hausfriedensbruch, Landfriedensbruch oder Bildung einer kriminellen oder terroristischen Vereinigung.

*Die politischen Hintergründe und Motive der „Täter*innen“ spielen in den Prozessen häufig keine Rolle. In Prozessen, die aus Perspektive der Aktivist*innen einen politischen Gehalt haben, hat die Justiz eine wichtige Funktion:*

*Sie soll anstelle einer politischen Auseinandersetzung mit den Mitteln des Strafrechts arbeiten. Sie soll die*den potenzielle*n oder bereits gefährliche*n Gegner*in in die Knie zwingen. Sie soll staatliche Macht ausweiten und stabilisieren; sie soll in der Gesellschaft die Akzeptanz der bestehenden Herrschaftsordnung sichern - nicht zuletzt auch durch das von ihr ausgehende Drohpotenzial.“²*

Es sind Leute von Repression betroffen, weil sie sich an den Anti-G20-Kämpfen beteiligt haben, und nicht wegen

2 Wege durch die Wüste 2016, S. 166

vorgeschobenen vermeintlichen Taten. Es hätte jede*n von uns treffen können, denn das was wir machen geht dem Staat auf den Keks und ist immer wieder „illegal“.

Die Verhaftungen zielten zwar einerseits nicht auf bestimmte Personen ab, sondern trafen vielmehr alle Personen, die sich in irgendeiner Weise an Anti-G20-Kämpfen beteiligt haben. Andererseits wurden bestimmte Leute gezielt festgenommen. Vor allem wurden Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft bzw. nicht deutsch sprechende Personen verhaftet.

Diese Strategie der Nach-Außen-Verlagerung ist nicht neu. Sie zielt auf die mediale Konstruktion von „den ausländischen Gewalttäter*innen“ ab, die außerhalb von „unserem guten nationalen Zuhause“ sind.

Diese Strategie funktioniert ein gutes Stück und mündet in Distanz und Vereinzelung. Vereinzelung und Isolation von dem gewohnten Umfeld funktioniert dort am besten, wo es gezielt angestrebt wird: im Knast.

Die Solidarität ist schwieriger aufzubauen, wenn weniger Bezüge/Kontakte zwischen drinnen und draußen bestehen, v.a. wenn mensch nicht aus der Stadt oder dem Land kommt, in dem der Prozess geführt wird.

“Wahrheit“, Macht, Justiz, Bullen

Wie schon gesagt haben Bullen und Staat ein Interesse daran, ihre Sichtweise und Definition durchzusetzen. So wurden um den G20

bestimmte „Wahrheiten“ mit medialem und politischen Zweck geschaffen. Das erstaunt uns nicht und ist nicht neu. Aber es wurde sehr gut deutlich an bestimmten Beispielen:

***“Polizeiputsch“ in Entenwerder**

Die Bullen räumten das antikapitalistische Camp ohne rechtliche Grundlage. Einen Tag später wurde die Genehmigung für das Camp nachträglich vom Verwaltungsgericht revidiert, somit war der Polizeieinsatz legitimiert worden. Hier wurde also eine Skandalisierung in bürgerlichen Kreisen vermieden/ eingedämmt auch wenn hier ein „Polizeiputsch“ stattgefunden hat.

***Rondenbarg**

Schwerer Bullenangriff auf ca. 200 Menschen, die sich auf dem Weg zu einer der Blockaden (Finger) gegen den Gipfelstart am Freitag befand. Es kam zu Schwerverletzten und nicht zuletzt im Prozess gegen Fabio hatten die Einsatzbullen Erklärungsnot.

Ihr Vorwurf bewegt sich analog zu Hooligan-Kriminalisierungen.³

Diese sucht eine „Wahrheitsfindung“ auf Grundlage des Vorwurfs der Verabredung zu Gewaltausübung und auf der Konstruktion eines „hierarchischen Modells“ innerhalb dieser „Verabredung“.

Im Prozess von Fabio gab es widersprüchliche Aussagen von Zivis (das Altona-Camp war stark durchsetzt von VSler*innen und Zivis, die bereits bei Treffen und sicher auch auf Aktionen waren). Ein angeblicher schwerer Bewurf mit sehr großen

³ Rote Hilfe Zeitung 3/2014

Steinen, die fern ab an der Einmündung des Rondenbargs lagen sei das Indiz, dass es von vorne herein nur um Gewalt ging.

Auf Videos ist von diesem Bewurf nichts zu sehen.

***Absprachen bei Bullenaussagen**

Absprachen zu Aussagen zwischen Bullen verstoßen gegen die Rechtsauffassung des bürgerlichen Staates. Nichtsdestotrotz ist uns ja eigentlich bewusst, dass diese stattfinden und das dies von den Gerichten hingenommen wird. Bei den Anti-G20-Prozessen sind sie jedoch besonders dreist offensichtlich. Sie haben es nicht nötig, diese Absprachen zu vertuschen, denn sie haben die Rückendeckung fast aller Machtstrukturen des Staates.

In den Verfahren und Prozessen arbeiten Bullen und Staatsanwaltschaft „vorbildlich“, um Strafbares zu entwerfen. Offen deutlich wurden in den Prozessen dann auch die im Vorhinein getätigten Bullenabsprachen. So trat zum Beispiel durch die Zeug*innenaussagen einer hessischen BFE⁴ zu Tage, dass Einsatzbericht und Zeugenaussagen in einem gemeinsamen Ordner für die Einheit zugänglich waren. Der Dienstälteste stellte eine Reisemappe mit angetackerten Zeugenaussage zusammen, die dann dem Rest der Einheit zur Verfügung stand.

In zwei anderen Prozessen wurde durch den Mailverkehr zwischen einem SoKo-Beamten und einem Berliner Bulle öffentlich bekannt, wie die Berichte und

Aussagen „verbessert“ wurden (Betreff: „jetzt sollte es passen“). Staatsanwält*in Geiß kommentierte, sie könnten doch Berichte ändern wie sie wollten, solange es keine Auswirkungen habe.⁵

***Polizeiliche Medienarbeit und -hetze** hat bereits vor dem Gipfel begonnen. Die Bullen haben bewusst auf Twitter und anderen Medienkanälen gezielt Fehlmeldungen verbreitet, wie z.B. die fliegenden Gehwegplatten in der Schanze.

Die im Nachgang stattgefundene Öffentlichkeitsfahndung, die möglicherweise noch weiter geführt wird, soll die Kriminalisierung der Proteste befeuern.

Was können wir tun, um gestärkt in Prozesse zu gehen?

Es ist leichter Prozesse *strittig* und / oder *politisch* zu führen, wenn die Angeklagten sich stark fühlen. Das ist aber für die einzelnen Leute sehr unterschiedlich und auch abhängig von den verschiedenen Lebenssituationen und -realitäten (z.B. wie gesichert ist der Aufenthaltsstatus, der soziale Status, wie viel und was für ein Umfeld gibt es...)

Es ist auch abhängig davon, wie gut die eigene Vorbereitung ist, wie gut mensch die Rechte und die lokale Justiz kennt und wie viel Vertrauen in unsere Strukturen vor Ort und in das eigene Umfeld besteht/bestehen kann. Wichtig ist hier, welche Aspekte die eigene Ohnmacht verringern können.

⁴ <https://unitedwestand.blackblogs.org/kurzbericht-zum-3-verhandlungstag-des-20-g20-prozess-am-1-11-2017/>

⁵ <https://g20apua.blackblogs.org/?p=50>

Vor Anlässen mit einer hohen Einfahr-Wahrscheinlichkeit, aber auch allgemein in einem Aktivist*innenleben ist eine Vorbereitung auf solche Situationen wichtig.

Dies geht zum Beispiel mit der Lektüre von „Wege durch die Wüste“ und den verschiedenen Bezugsgruppen-Readern und als Vorbereitung mit der Bezugsgruppe und Freund*innen, in dem mögliche Situationen, Befürchtungen und Ängste durchgesprochen werden. So kann das nachher die Kommunikation und Einschätzung erleichtern, wenn es hart auf hart kommt. Es besteht dann auch mehr Klarheit darüber, wer was drinnen und draußen tun kann.

Das ist zudem jetzt wichtig, wo Verfahren / Anklagen noch auf viele zukommen und eine Vorbereitung, am besten mit Unterstützungsgruppe, draußen besser möglich ist.

Es kann sehr stärkend sein, wenn um das Verfahren / den Prozess mehr Aktionen und Angriffe auf Repräsentationsobjekte passieren, die im Zusammenhang mit dem Verfahren/Prozess stehen. Das wird noch wichtiger, wenn die Person nicht mehr so einfach an Gesprächen und Neuigkeiten teilhaben kann... Also,

was, wenn eine Person schon drinnen gelandet ist?

Hier müssen wir alle ran, um auch Personen, die sich mit ihrem Umfeld nicht vorbereiten konnten bzw. kein Umfeld haben mit zu denken. Auf die Bewegung bezogen, ist es wichtig, nach Aktionen nicht aus Angst oder

vermeintlicher Vorsicht still zu halten (weil: „mich haben sie ja (diesmal) (noch) nicht gekriegt“).

Es ist superwichtig, dass wir die Kämpfe draußen weiterführen. Dazu ist es nötig, die Inhalte und Bezugspunkte der vorangegangenen Kämpfe weiterzuführen, sich weiter auf sie zu beziehen und die Freiheit der Gefangenen sowie die Abschaffung der Knäste nicht gesondert unseren anderen Vorstellungen zu fordern.

Die Antirepressionsarbeit sollte nicht losgelöst von der restlichen Bewegung sein. Leider sind es oft zu wenige, die sich damit beschäftigen. Eine kontinuierliche solidarische Praxis ist bei ständig wechselnden inhaltlich-politischen Themen und der Fokussierung auf Events nur schwer möglich.

Es ist im Allgemeinen leichter, sich in Prozessen politisch zu verhalten, wenn sich Leute draußen auch weiterhin zu den Kämpfen positionieren.

Wir waren viele, es war sehr vieles gut, was im Hamburg gelaufen ist.

Also: „Es hätte auch mich treffen können, unabhängig davon, ob ich glaube dass mir bestimmte Handlungen nachgewiesen werden können oder nicht. Wir waren da, aus politischer Überzeugung, aus Frust und Wut über die Verhältnisse, aus Hass auf die Bullen. Ja, wir waren und sind Teil des Schwarzen Blocks, ja, wir erkennen andere Mittel an als das BGB, und nein, jetzt lassen wir uns nicht spalten.“

Als praktische Anmerkung zu unserer bisherigen Antireparbeit haben wir

festgestellt, dass es hilfreich ist, wenn die Benennung der Gefangenen öffentlich möglich ist. Um eventuelle zusätzliche Probleme zu vermeiden, muss es nicht der Klarname sein.

Was bleibt, wenn wir die Gefangenen nicht als Menschen ansprechen können?

Auf eine gewisse Art spielt die alleinige Nennung von Zahlen der isolierenden und anonymisierenden Wirkung vom Knast zu. Daher ist es wichtig, die Leute als einzelne Menschen zu benennen. Ansonsten bleiben Leerstellen und Verwirrungen und Spekulationen und Gerüchten wird mehr Platz gegeben.

Die Forderung nach der Freilassung einzelner Gefangener als Individuum / Mensch schließt für uns auch die Forderung nach der Freilassung aller Gefangener bzw. der Abschaffung aller Knäste ein.

IV.
Was macht Repression mit uns?

Vorweg zur Erklärung, was wir unter dem Begriff „Repression“ verstehen.

Wir sehen Repression ausschließlich als Teil staatlicher Herrschaft, die sich u.a. darüber aufrechterhält.

Dies geschieht durch verschiedene Formen von Disziplinierung, die sich durch alle Lebensbereiche zieht.

Das geht soweit, dass wir einerseits repressive Mechanismen verinnerlichen sollen, während die Angst vor Bestrafung als ständige Drohung über uns hängt. Andererseits funktioniert die Disziplinierung durch Sofortbestrafung, bei der nicht-normiertes Verhalten sanktioniert wird und die gleichzeitig eine abschreckende Wirkung haben soll. Beides zielt auf die Einschränkung unseres (persönlichen) Handlungsspielraums ab, in dem u.a. die Autonomie von Individuen und Kollektiven angegriffen wird.

Repression wirkt zwar auf der einen Seite bewusst willkürlich, um unser Gefühl der Ohnmacht und unsere Angst zu verstärken, was dazu führen kann, dass sie ihren strukturellen Charakter verdeckt. Gleichzeitig basiert sie auf den Prinzipien des bürgerlichen Staates und setzt dabei auf Ausgrenzung, sodass bestimmte Personengruppen strukturell mehr von Repression betroffen sind als andere (Stichworte Racial Profiling oder Klassismus).

Repression nur als Teil des Rechtsrucks bzw. der „autoritären Formierung“ zu beschreiben, finden wir verkürzt, da es außer Acht lässt, dass es in der Struktur jedes Staates liegt, seine Erhaltung mit repressiven Maßnahmen durchzusetzen.

Ein Zustand also, der schon weit vor dem G20 in Hamburg oder dem Neoliberalismus Bestand hatte.

Wo wir allerdings eine Verschärfung sehen, ist im massiven Ausbau überwachungs-staatlicher Maßnahmen, der durch den technologischen Fortschritt der letzten Jahrzehnte möglich wird. Dies gibt der Repression einen größeren Wirkrahmen und ermöglicht einen umfangreicheren (Daten)-Austausch zwischen verschiedenen Akteur*innen von Repression bzw. Überwachung. Hinzu kommen die Verschärfungen der letzten Jahre sowie die Militarisierung der Bullen.

Für ein differenzierteres Verständnis und um gezieltere Gegenmaßnahmen ergreifen zu können, finden wir es hilfreich, verschiedene Wirkebenen von Repression auszumachen:

die gesellschaftliche Ebene (z.B. Gesetze), die strukturelle Ebene (z.B. Gerichte, Institutionen), die zwischenmenschliche Ebene (z.B. Bullengewalt) und die individuelle Ebene (persönlicher emotionaler Umgang mit Repression).

Diskussion

Bei der Diskussion darüber, was Repression mit uns macht, haben wir uns an verschiedenen Fragen orientiert bzw. es sind neue dabei aufgekommen.

Wir reißen die Ergebnisse unserer Diskussion hier nur kurz an und konzentrieren uns mehr auf die Fragen die wir uns gestellt haben, da wir es bei einem so persönlichen Thema viel wichtiger finden, dass in Gruppen,

Freundschaftskreisen und anderen Zusammenhängen darüber diskutiert wird.

Es gibt keine „richtige“ Antworten auf die Fragen, hier handelt es sich nur um die Meinungen einiger Personen. Wir haben uns vor allem auf die individuelle Ebene konzentriert.

Wofür glauben wir bestraft zu werden?

Wir sehen die Tendenz, dass Personen meinen, das Risiko geschnappt zu werden würde steigen, wenn mensch bestimmte Sachen tut bzw. dass wir „sicher“ sind wenn wir nichts außerhalb des „legalen Rahmens“ tun.

Dabei wird unseres Erachtens nach unsere politische Position an sich bzw. die Rebellion als solche bestraft (allerdings verdeckt). Obwohl das Risiko bei manchen direkten Aktionen höher ist, bleibt für uns hier offen, ob die Frage nach dem Risiko auch stets die Individualisierung bzw. Vereinzelung von Widerstand(shandlungen) befördert.

Was macht die Angst vor Bestrafung mit uns?

Die Riots im Juli in Hamburg mögen vielen von uns ein Gefühl von Stärke und Selbstermächtigung gegeben haben. Trotzdem waren danach immer wieder Aussagen wie „wir halten jetzt erstmal die Füße still“ oder „es ist schlauer erstmal nicht nach Hamburg zu fahren“ zu hören.

Diese Gedanken und Ängste sind verständlich, aber uns sollte auch klar sein, dass der Staat genau das mit der (drohenden) Repression bezweckt und

wir uns mit solchem vorauseilenden Gehorsam genau so verhalten, wie es von uns erwartet wird. Welche Konsequenzen ziehen wir daraus?

Was machen Gewalterfahrungen mit uns bzw. wie verarbeiten wir diese?

Gewalterfahrungen (ob sie uns direkt betreffen oder wir Gewalt gegen Andere miterleben) können eine schwere persönliche Grenzüberschreitung darstellen und unser Gefühl der Ohnmacht verstärken. Hier ist es wichtiger denn je, füreinander da zu sein und sich z.B. mit „out of action“-Konzepten auseinanderzusetzen und kollektiv Strukturen zu entwickeln, die ebenso Teil unserer Organisation sind!

Andererseits lösen Gewalterfahrungen in vielen von uns auch Wut und Empörung aus und können sehr radikalierend sein. Der Moment, in dem die vielleicht ohnehin schon instabile Illusion eines „Rechtsstaates“ vollends in sich zusammenbricht, wo uns klar wird, dass unsere Vorstellung von Gerechtigkeit nicht mit den Bestrebungen des Staates und seiner Auffassung von „Recht und Ordnung“ vereinbar ist, scheint für viele prägend zu sein.

Sexualisierte Übergriffe z.B. von Bullen seien hier noch einmal herausgestellt. Sie sind besonders demütigend und stellen einen weiteren, entwürdigenden Versuch dar, uns zu brechen. Dazu kann schon ein abwertender Kommentar oder Abtasten des Körpers gehören. Auch hier ist es wichtig darüber zu reden, die möglichen schweren Folgen nicht außer Acht zu lassen und sich nicht davor zu

scheuen sich Hilfe zu holen (z.B. mit vertrauten Menschen reden, sich was Gutes tun, therapeutische Angebote nutzen).

Wie können wir es schaffen die Gewalt, mit der wir konfrontiert sind, mit zu denken und uns zu schützen?

Was macht Repression mit unseren „Zielen“?

Auf gesellschaftlicher und struktureller Ebene ist das Ziel von Repression, unsere widerständige Praxis zu entpolitisieren und zu kriminalisieren, was sich in Verfahren und Prozessen z.B. darin widerspiegelt, dass unsere politische Positionierung zwar (indirekt) bestraft, gleichzeitig aber unsichtbar gemacht wird. Auf persönlicher Ebene kann das Erfahren von Repression aber sehr politisierend bzw. radikalisiert wirken (s.o.).

Wie präsent ist das Thema Sorgearbeit in unserem Umfeld?

Die Beschäftigung mit Repression nimmt noch weitere Dimensionen an, wenn mensch nicht nur für sich selber verantwortlich ist, sondern es auch noch andere wichtige Bezugspersonen, z.B. Kinder, Alte, Kranke gibt.

Der Gedanke in den Knast zu müssen macht mit unter Angst, aber was bedeutet es, wenn nicht nur wir selber isoliert sein könnten sondern auch, dass unser Kind diese Zeit mit einem Elternteil / einer wichtigen Bezugsperson weniger aufwächst? Zwar kann es helfen, sich vorzubereiten, aber im Moment gibt es keine kollektiven Strategien für Sorgearbeit. Es ist ein

individuelles Problem mit dem viele Personen allein gelassen werden.

Und da ein Ziel von Repression Individualisierung ist ergibt es unseres Erachtens überhaupt gar keinen Sinn nur individuelle Lösungen dafür zu suchen! Bzw. sollte es die Aufgabe des gesamten Umfeldes und nicht nur weniger Einzelpersonen sein, sich mit Sorgearbeit zu beschäftigen. Wie könnte kollektive Sorgearbeit aussehen?

Queere Identitäten, Patriarchat und Repression

Zwar sind auch die emanzipatorischen Gruppen (und die „Szene“ sowieso) noch weit davon entfernt, patriarchale Strukturen überwunden zu haben und bis dahin ist es für uns alle noch ein langer und hoffentlich kollektiver Prozess. Wie dieser aussehen kann ist ein anderes, wichtiges Thema.

Sind wir aber von Repressionsmaßnahmen betroffen, sind viele FLTIQ*-Personen (FLTIQ = Frauen*, Lesben, Trans*, Inter*, Queer) nochmal besonders von extremer patriarchaler Unterdrückung betroffen. Wenn wir z.B. eingeknastet werden, wird uns eine binäre Geschlechterordnung mit besonders unausweichlicher Härte aufgezwungen: Es gibt Frauen- und Männerknäste, wobei in den allermeisten Fällen nur das „Geschlecht“ eine Rolle spielt, das auf unserem Personalausweis steht. Hier ist (wie auch sonst in staatlichen Strukturen) kein Platz für trans*-, inter*- oder nicht binäre Identitäten.

Während queere Personen sich „draußen“ nach und nach Rückzugsorte schaffen, gibt es aber für eine Frau* im

Männerknast fast keine Möglichkeit sich z.B. vor (sexualisierter) Gewalt, von der die meisten betroffen sind, zu schützen und eine nicht binäre Person wird immer im „falschen Knast“ sein.

Auch schon eine sogenannte Personen-durchsuchung bringt viele Personen in eine ähnliche, demütigende, unausweichlich diskriminierende Situation.

Wie kann eine breitere und verlässliche Solidarisierung mit FLTIQ*-Personen aussehen?

Wie sehr lassen wir uns von Paranoia einschränken?

Eine der Folgen von Paranoia ist Isolation. Sie verhindert eine öffentliche Positionierung bzw. den öffentlichen Diskurs über militante Praxis, genauso wie sie oft verhindert, dass wir uns besser miteinander vernetzen und mehr werden. Inwieweit solidarisieren wir uns öffentlich mit verschiedenen Aktionen (auch militanten)? Haben wir das Gefühl, dass das Konsequenzen haben kann? Wie können wir das ändern?

Durch öffentliche Positionierungen können wir einer Spaltung (z.B. in „friedliche“ und „gewaltbereite“ Aktivist*innen) entgegenwirken und es mehr Personen ermöglichen, verschiedene Aktionsformen zu praktizieren, da sie sich bestenfalls auf eine breite Solidarität verlassen können (auch wenn sie kein direktes Umfeld haben, das dafür sorgen kann).

Wie sehr führt eine erhöhte Sensibilität bzw. Paranoia zum Abkapseln unserer Strukturen voneinander?

Wie können wir uns vorbereiten?

Repression zielt auch darauf ab uns zu verunsichern, uns Angst zu machen und Orientierungslosigkeit und Isolation zu hervorzurufen. Dagegen hilft es unserer Meinung nach sehr, über individuelle und gemeinsame Ängste zu reden, und sich somit so gut wie möglich emotional auf mögliche Repressionsschläge vorzubereiten.

Auch die organisatorische Vorbereitung ist wichtig, um uns im Ernstfall auf Solidarität und Unterstützung verlassen zu können. (Wer soll angerufen werden, gibt es schon präferierte Anwält*innen, wer kann Sorgearbeit leisten, wie sieht es aus mit den Finanzen ... etc.)

Das Thema Aussageverweigerung dabei hervorzuheben ergibt auch Sinn, um z.B. mit der Sorge, dem Druck, (individuell) nicht standhalten zu können, nicht allein zu sein, sich aber gleichzeitig klar zu machen, dass es bei Aussageverweigerung um viel mehr geht als nur den „eigenen Arsch“ zu retten. Sie wirkt vor allem als kollektive Strategie.

Wie sehr ist „sichere“ Kommunikation in unserem Alltag verankert?

Um der Ohnmacht gegenüber (Massen)überwachung und der damit einhergehenden Paranoia entgegenzuwirken halten wir es für hilfreich, sich mit dem Thema eigener „Security Culture“ („Sicherheitskultur“) auseinanderzusetzen und über Sicherheitsbedürfnisse und -bedenken zu reden. Inwieweit schränken uns (unausgesprochene) „Sicherheitsnormen“ ein, bzw. verhindern sie eine Diskussion

über politische Praxis? Wie gehen wir mit Kommunikation und Technik um?

Wie können wir Repressionsmechanismen entgegentreten?

Als Rückschluss auf die o.g. hierarchischen Ebenen von Repression erscheint es sinnvoll, dass wir uns auf der individuellen und zwischenmenschlichen Ebene stärken. Wie genau kann das aussehen?

V.
**Wie weiter nach der
ersten Repressionswelle?**

Es mag immer noch verwundern, dass bei bis zu 30.000 Bullen im Juli in Hamburg, dem Widerstand und den vielen mutigen Menschen, „nur“ 50 Personen einige Tage bis Monate festgesetzt werden konnten. Dieser Zahl entgegen spricht die polizeiliche Propaganda, welche 3000 Ermittlungen und 600 „gesicherte“ Verfahren führen will.

Gesichert ist bei dieser Information, dass noch einiges an Repression in einer zweiten Welle kommen wird. In Hamburg und darüber hinaus wird der Staat mit seinen Handlanger*innen weiter versuchen unsere Kämpfe mit Recht- und Ordnungsmoral zu verurteilen.

Wir haben uns hier und jetzt dagegen entschieden uns mit der soundso-vielköpfigen SoKo Schwarzer Block zu beschäftigen oder Spekulationen anzustellen wo sie noch zuschlagen könnte. Wir wollen hingegen nicht verharmlosen sondern davor warnen, dass es zu einzelnen Hausdurchsuchungen zur „Beweissicherung“ und möglichen Erkennungsdienstlichen (ED)-Behandlungen sowie zu DNA-Abnahmen (siehe Kasten) kommen kann.

Denn sicher ist auch, dass wir oder einige Freund*innen mit schweren Vorwürfen konfrontiert werden. Das kann also erneut Untersuchungshaft und Knast für Einzelne bedeuten!

Schön, wenn wir alle die Freund*innen in den Verfahren und im Knast nicht alleine lassen, Soligruppen bilden, auf die Straße und mit solidarischen Aktionen in die Offensive gehen. Die

Politik des Gipfels musste sich, ebenso wie die Bullen, nicht für ihre Taten verantworten. Stattdessen können sie unbehelligt ihre Leben und Karrieren weiterführen. Wie an den Beispielen Olaf Scholz, der Polizeigewalt verneint und Finanzminister wird oder des eskalierenden Einsatzleiters Hartmut Dudde, der in bisherigen Verhandlungen nicht vor Gericht erscheinen muss und stattdessen zum obersten Leiter der Hamburger Schutzpolizei befördert wurde.

Wie es in den laufenden Verfahren oder der Revision weiter läuft, versucht der united we stand Blog zu dokumentieren (unitedwestand.blackblogs.org).

Informiert euch über die Prozesse und organisiert euch für Besuche. Wenn es zu Verfahren in eurem Umfeld kommt, lasst die Menschen nicht alleine. Nehmt Kontakt mit eurem lokalen Ermittlungsausschuss, eurer Roten Hilfe Ortsgruppe oder united-we-stand-Treffen vor Ort auf. Besprecht mit den Betroffenen eine Strategie und ermutigt sie, ihre Verfahren strittig zu führen.

Wir haben im Juli in Hamburg vielfältig die Konfrontation gesucht und dafür hatten wir unsere Gründe – diese gibt es weiterhin, also lasst uns weiter kämpfen!

Gegen die gezielte Vereinzelung setzen wir auf Kollektivität!

DNA-Entnahmen

Bei vielen G20-Prozessen ist es im Gerichtssaal nach Urteilsverkündung und auf Anordnung der Richter*innen zu DNA-Entnahmen bei Verurteilten gekommen. Die Speicherung von DNA in Datenbanken ist ein wichtiges Kontroll- und Repressionsinstrument. Eine Löschung der Daten ist nicht wirklich vorgesehen. Innerhalb von Deutschland ist seit 1998 die Speicherung in der BKA-Datenbank gängig; innerhalb der EU ist ein automatischer Abgleich möglich und es findet eine Kooperation im Datenabgleich zwischen EU & den USA statt.

DNA-Spuren werden oft als „unumstößlicher Beweis“ angesehen. Jedoch ist dabei nicht geklärt, wie DNA an den betreffenden Ort gelangt ist. Zudem gibt es beim Datenabgleich eine Wahrscheinlichkeit von falschen Treffern. Also, wenn Spuren gefunden wurden, brauchen Bullen eine Vergleichsprobe. Grundsätzlich kann mensch immer Widerspruch und Beschwerde einlegen und sollte keine Einwilligung und nichts unterschreiben!

Es gibt verschiedene Formen von DNA-Entnahmen, die sich rechtlich etwas unterscheiden:

1. bei den Bullen: sie dürfen keine DNA-Entnahme machen ohne richterlichen Beschluss – oder ohne Einverständnis der betroffenen Person. Hier kann die Entnahme verweigert werden., das Also kein Einverständnis natürlich nicht gegeben werden und Widerspruch einlegen! Vertretung und Gespräch mit Kontakt zu eurer*m Anwält*in einfordern. Als Ausnahmen für die Entnahme ohne richterlichen Beschluss werden „Gefährdung des Untersuchungserfolges durch Verzögerung“ und „Gefahr im Verzug“ angeführt. Dagegen könnt ihr unbedingt mit Anwält*in vorgehen und versuchen, die Entnahme zu verhindern (eigentlich gibt`s keine Verzögerung, weil DNA immer auswertbar ist).

2. mit richterlichem Beschluss, mit Vorladung oder Abholung zur DNA-Entnahme: Mensch kann versuchen, sich der Entnahme zu entziehen und gleichzeitig anwaltlich dagegen vorzugehen. Es gab schon viele Fälle, in denen die Betroffenen im Nachhinein Recht zugesprochen bekommen haben. Dafür braucht es neben eine*r*m guten Anwält*in ein solidarisches Umfeld.

3. mit richterlichem Beschluss, gleich vor Gericht: Bei Verurteilungen wird die DNA-Entnahme meist damit begründet, dass zukünftige Straftaten mit der Speicherung der DNA besser/schneller aufgeklärt werden können. Hiergegen kann mensch anwaltlich vorgehen.

Es kann auch die DNA-Entnahme von Nicht-Beschuldigten angeordnet werden. Hier gibt es ähnliche Rechte wie beim Zeugnisverweigerungsrecht. Um diese Rechte zu bekommen, arbeitet mit eine*r Anwält*in zusammen!

Weitere Aspekte der DNA-Analysen und -Speicherung sind versuchte Wahrscheinlichkeitsaussagen anhand von rassistischen Vorstellungen über vermeintliche Gruppenzugehörigkeiten nach „Herkunft“, Haut-, Haar- und Augenfarbe. Die neuesten Versuche hierbei stellen DNA-Analysen zur Vorbereitung von Abschiebungen und die Ausweitung des bayrischen Polizeiaufgabengesetzes (PAG) dar.

Gegen staatlichen Rassismus und die Kontrolle unserer Leben!

- **Politische Prozessführung:**

„Repression will die Unterwerfung unter die Staatsgewalt, die so tut als sei sie neutral und gerecht. Einen Prozess politisch führen heißt, sich sein eigenes Unrechtsbewusstsein zu bewahren.“⁶ Dies kann z.B. geschehen durch Verlesung einer politischen Prozessklärung, durch konsequente Verweigerungshaltung bis zur Nicht-Anerkennung des Gerichts oder durch die Einbindung in eine Solidaritäts-Kampagne. Zentraler Punkt dabei ist die politische Positionierung.

- **Strittige Prozessführung**

haben wir eine Strategie genannt, bei der sich nicht unbedingt politisch gegenüber Justiz und Staat positioniert wird, aber die Beweisführung der Staatsanwaltschaft und Bullen kritisch auseinandergenommen wird. Hier können Bullenaussagen und jegliche Details hinterfragt, entkräftet und oft als konstruiert herausgestellt werden. So kann es dazu kommen, dass ganze Anklagepunkte vor Gericht nicht mehr aufrecht erhalten werden können.

- **Politische Justiz:** „Justiz ist immer politisch. Denn „Recht“ und „Unrecht“ im Staat sind Folge und Ausdruck des politischen Kräfteverhältnisses.“⁷

„Auch die herrschende Ordnung der BRD und ähnlich strukturierten Staaten unterliegt per se dem Prinzip der Selbsterhaltung. Und weil diese Ordnung auf Unterdrückung und Ausbeutung aufgebaut ist, ist sie repressiv und gewalttätig.“⁸

- **Einlassung (Teilgeständnis):**

„Zu den Beweisen, die keine allzu große Auswirkung haben, zählen unserer Erfahrung nach auch die Einlassungen der Angeklagten. Selten kann ein (Teil-)Geständnis das Urteil mindern, meistens ist es sogar völlig wirkungslos, wie zum Beispiel im ersten großen Blockupy-2015-Prozess gegen den Angeklagten „Fede“ aus Italien.“⁹

- **Aussagen:** „Grundsätzlich ist es richtig, auch bei einer juristisch ausgelegten Verteidigung auf Aussagen zur Sache und zu anderen Personen zu verzichten. Auch, wenn dir deine Rechtsvertretung und das Gericht dazu raten sollten: Der durch Aussagen verursachte Schaden ist zumeist größer als der vermeintlich für dich herauspringende Vorteil.“¹⁰

- **Reue:** „Das Gericht wünscht sich, dass die Angeklagten ihre Taten bereuen, dafür lockt es manchmal mit milderer Strafe. Nicht immer

6 Zeitung der Roten Hilfe e.V. , Ausgabe 1.2018, mit Schwerpunkt politische Prozessführung, S. 23.

7 Zeitung der Roten Hilfe e.V. , Ausgabe 1.2018, mit Schwerpunkt politische Prozessführung, S. 15.

8 Wege durch die Wüste 2016, S. 10.

9 Aus: „Der Saal muss voll sein!“ - Gedanken zur politischen Prozessführung, Ortsgruppe Frankfurt/Main, Zeitung der Roten Hilfe e.V. , Ausgabe 1.2018, S. 11.

10 Wege durch die Wüste 2016, S. 168.

hält sie ihr Versprechen und Reue heißt in der Regel: Distanzierung vom Politischen. Besser Schweigen.“¹¹

- **Sicherheitskultur:**

Eine Reihe von Angewohnheiten, die in Gruppen oder Zusammenhänge geteilt werden, z.B. im Bezug auf Kommunikations-(un)sicherheit, des sich Bewegens in Räumen und auf Verhalten.

Dabei können verschiedene Sicherheitsstufen vereinbart werden/nötig sein. Der Unterschied zu einem Sicherheitsprotokoll ist, dass eine Kultur unbewusst und instinktiv und somit irgendwann ohne Mühe umsetzbar wird.

Zum (Weiter-)lesen:

- Dichthalten #1 und #2, EA Hamburg <https://eahh.noblogs.org/>
- Zeitung der Roten Hilfe e.V. , Ausgabe 1.2018, mit Schwerpunkt politische Prozessführung.
„Zivile“ Tatbeobachter, Britta Eder, 2014: <http://anti-atom-aktuell.de/archiv200/241Tabo-Tabo's.html>
- Geschichte der Eskalation eines einwöchigen Protestgeschehens. Demonstrationsbeobachtung des Komitees für Grundrechte und Demokratie von 2. bis 8. Juli 2017 in Hamburg zum G20. Komitee für Grundrechte und Demokratie

- Wege durch die Wüste. Antirepressionshandbuch. Autorinnenkollektiv. Überarbeitete Neuauflage Oktober 2016. ISBN 978-3-942885-81-2
- Wege durch den Knast. Alltag - Krankheit - Rechtsstreit. Redaktionskollektiv (Hg.).2016. ISBN 978-3-86241-449-9 .
- Das zarte Pflänzchen der Solidarität gegossen. Zu den Verfahren und dem Prozess wegen Mitgliedschaft in der militanten gruppe (mg). Bündnis für die Einstellung der §129(a)-Verfahren. 1. Auflage, März 2011. ISBN 978-3-942885-00-3. Als PDF: https://einstellung.so36.net/files/buch_einstellung_129_mg_verfahren.pdf
- ZUSAMMEN MEHR ERREICHEN – Kleiner Ratgeber für Bezugsgruppen, Band 2 als PDF: http://gipfelsoli.org/rcms_repos/Tools/bezugsgruppenreader_2.pdf oder <https://we.riseup.net/assets/75503/bildet+banden+flyer.pdf>
- „Security Culture“ („Sicherheitskultur“), <https://crimethinc.com/2004/11/01/what-is-security-culture> (Englisches Original von Crimethink)
- Out of Action – über traumatisierende Folgen von Polizei- (und anderer) Gewalt und wie wir da wieder raus kommen, als PDF: <https://outofaction.blackblogs.org/wp-content/uploads/sites/121/>

¹¹ Zeitung der Roten Hilfe e.V. , Ausgabe 1.2018, mit Schwerpunkt politische Prozessführung, S. 22.

Infos:

- United We Stand: <https://unitedwestand.blackblogs.org/>
- EA Hamburg: <https://eahh.noblogs.org/>
- Außerparlamentarischer Untersuchungsausschuss (ApUA): <https://g20apua.blackblogs.org>

Kontakt:

- Hamburg: unitedwestand@nadir.org (PGP-Key auf dem blog)
- Berlin: uwsb@systemli.org
Fingerprint: 6015 F398 9DDA
7244 A779 48B4 0CF4 A5C3
82D9

Spendenaufrufe:

- vom EA
IBAN:
DE26 2005 0550 1250 1336 24
Zweck: „Anderkonto EA United“
- von Rote Hilfe
IBAN:
DE25 2605 0001 0056 0362 39
Zweck: „G20“
- indymedia-linksunten-Prozesse
RH OG Stuttgart
IBAN:
DE66 4306 0967 4007 2383 13
Zweck „linksunten“

- Adresse, an die Briefe an die Gefangenen in Hamburg geschrieben werden können:
Ermittlungsausschuss
c/o Schwarzmarkt
Kleiner Schäferkamp 46
20357 Hamburg
- Soligruppe von Peike:
<https://freepeike.noblogs.org/>

Tipps fürs Briefe-schreiben:

<https://abcrhineland.blackblogs.org/briefe-letters/>

